



## Andrea Nahles: Maßnahmen gegen psychischen Druck am Arbeitsplatz sind längst überfällig

Andrea Nahles: Maßnahmen gegen psychischen Druck am Arbeitsplatz sind längst überfällig  
Immer mehr Beschäftigte in Deutschland leiden unter psychischen Stress und Druck im Arbeitsleben. Dies belegt eine Studie, die heute von DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach und IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban vorgestellt wurde. Hierzu erklärt SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles: Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten leiden unter psychischem Stress und immer mehr Druck im Arbeitsleben. Dies zieht sich durch alle Branchen. Die psychischen Belastungen am Arbeitsplatz werden mittlerweile zwar breit diskutiert, allein konkrete Maßnahmen bleiben aus. Es reicht nicht, dass die Bundesarbeitsministerin das Thema immer wieder anspricht und an den guten Willen der Unternehmen appelliert, sie muss auch handeln. Das weit entwickelte Arbeitsschutzrecht muss den neuen Herausforderungen psychischer Belastungen am Arbeitsplatz angepasst werden. Die SPD begrüßt ausdrücklich die Initiative der Gewerkschaften für eine Anti-Stress-Verordnung. Eine solche Verordnung würde die Rechtsunsicherheit in vielen Betrieben beseitigen, die Konflikte zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat reduzieren und mehr Verbindlichkeit für Prävention gegen psychische Belastungen gewährleisten. Die Zunahme prekärer und atypischer Beschäftigungsverhältnisse erhöht den Druck auf die Beschäftigten. Miserable Bezahlung, Sackgassen in Leiharbeit, von einer befristeten Beschäftigung in die nächste. Dies alles belastet Millionen Menschen, die unter solchen Bedingungen arbeiten müssen und nicht wissen, welche Perspektive sie haben. Die SPD wird diese prekären Beschäftigungsformen zurückdrängen. Auch muss Arbeit mit Leben und Familie vereinbar sein. Wir brauchen familiengerechte Arbeitszeiten im Betrieb, einschließlich der Möglichkeiten zur befristeten Reduzierung der Arbeitszeit. Und wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn. Wer Vollzeit arbeitet, muss ohne Gang zum Sozialamt davon leben können. Sozialdemokratische Partei Deutschlands Parteivorstand  
Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin  
Telefon (030) 25991-300, FAX (030) 25991-507  
Herausgeberin: Andrea Nahles  
Redaktion: Tobias Dünow  
e-mail: pressestelle@spd.de  
[http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n\\_pnr\\_=519854](http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pnr_=519854)

### Pressekontakt

SPD

10963 Berlin

pressestelle@spd.de

### Firmenkontakt

SPD

10963 Berlin

pressestelle@spd.de

(Da unsere Organisationseinheiten auf verschiedene Gebäude verteilt sind, müssen Sie ggf. die genaue Adresse bei der Organisationseinheit erfragen.)  
Zukunftsgerecht in Europa  
Gerechtigkeit und ein fairer Wettbewerb in einem sozialen Rechtsstaat zeichnen das Zusammenleben in der Europäischen Union aus. Das macht das europäische Sozialstaatsmodell so einzigartig. Es fußt in der europäischen Aufklärung und speist sich aus der europäischen Arbeiterbewegung. Denn im Kern geht es diesem europäischen Sozialstaat immer auch um Teilhabe und Mitbestimmung. Soziale Bürgerrechte, Zugang zu Bildung und gerechte Teilhabe am Wohlstand - dieses Europa ist grundlegend geprägt von der sozialdemokratischen Idee. Diese Grundidee des Sozialstaatsmodells wollen wir im Europa der Zukunft beibehalten. Das ist auch der Grundgedanke der Agenda 2010.....